

Situation in den Herkunftsländern

- Pakistan

„Es besteht weiterhin landesweit eine erhöhte Gefahr für terroristische Anschläge seitens der Pakistanischen Taliban und mit den Taliban verbundener Gruppen, insbesondere Sprengstoffanschläge und Selbstmordattentate. Daneben besteht weiterhin die Gefahr religiös motivierter Terroranschläge durch radikale Gruppierungen, die sich vor allem gegen Streitkräfte, Sicherheitsdienste und Polizei sowie gegen religiöse Stätten richten. Der regionale Schwerpunkt terroristischer Anschläge mit den meisten Opfern liegt in Khyber-Pakhtunkhwa, den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan (die sog. Federally Administered Tribal Areas, FATA) und in Belutschistan.

In den vergangenen Jahren kamen bei mehreren Anschlägen auf schiitische Verehrungsstätten und auf christliche Kirchen sowie auf Angehörige der religiösen Minderheit der Ahmadis zahlreiche Menschen ums Leben. Ebenso gab es Anschläge auf Polizeistationen, Märkte, Infrastruktureinrichtungen und öffentliche Gebäude mit Todesopfern unter der Zivilbevölkerung.

Zuletzt kam es im Februar 2017 zu einem schweren Anschlag auf den Lal Shahbaz Qalandar-Schrein in der südpakistanischen Stadt Sehwan mit zahlreichen Todesopfern und einer Bombenexplosion in Lahore. Die pakistanischen Sicherheitskräfte gehen gegen terroristische und extremistische Kräfte im Land zugleich deutlich verschärft vor. Insbesondere die Operationen gegen Terroristen und Extremisten in Nord-Wasiristan halten an. Vor diesem Hintergrund ist mit Racheanschlägen terroristischer Elemente im ganzen Land zu rechnen. In Belutschistan wurden 2017 zwei chinesische Sprachlehrer, die des Missionierens bezichtigt wurden, entführt und getötet. In Khyber-Pakhtunkhwa wurde im Mai 2014 ein chinesischer Fahrradtourist, in Belutschistan wurden und im März 2013 zwei tschechische Touristinnen entführt. In anderen Landesteilen ist es seit längerer Zeit nicht mehr zu Entführungen von Ausländern gekommen. In Karachi kommt es gelegentlich zu religiös, ethnisch oder kriminell motivierten Anschlägen und zu Auseinandersetzungen terroristischer oder krimineller Gruppen mit Sicherheitskräften. Ein chinesischer Geschäftsmann wurde jüngst nach Einkauf auf einem Markt in seinem Auto erschossen. Als gefährlich gelten Abhebungen an Geldautomaten und das Anhalten an großen Kreuzungen bei Nacht; dabei kommt es nicht selten zu Raubüberfällen. Insbesondere in FATA kommt es weiter zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und militanten Gruppen sowie gezielten Militärschlägen gegen Unterschlupfe, Waffenlager, Trainingscenter und andere Einrichtungen militanter Gruppen. Weite Teile dieser Gebiete sind für Ausländer gesperrt. In Gilgit-Baltistan, den früheren „Northern Areas“, führen Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten gelegentlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Aufständische und separatistische Kräfte greifen Infrastruktureinrichtungen und Armeekräfte an und verüben Sprengstoffanschläge. Armee und Luftwaffe gehen gegen die Aufständischen vor. Auch Aktivitäten afghanischer und pakistanischer Taliban werden in Belutschistan beobachtet. Daneben kommt es zu religiös motivierten Anschlägen, denen v. a. Schiiten zum Opfer fallen. In Quetta richten sich die Anschläge vielfach gegen die Volksgruppe der Hazaras bzw. gegen Christen, die des Missionierens verdächtigt werden.

Die Grenzgebiete zu Afghanistan, Iran und Indien sind nicht oder nur mit offizieller Genehmigung zugänglich. Dies gilt auch für den von Pakistan verwalteten Teil Kaschmirs (Azad Jammu and Kashmir) entlang der Waffenstillstandslinie (Line of Control, LoC) und für weitere Regionen des Landes. Über Land Reisende sollten sich vorab bei den pakistanischen Behörden darüber informieren, ob sie für ihre Reiseroute oder ihr Reiseziel eine offizielle Genehmigung (Non-Objection-Certificate) beantragen müssen. Reisende, die sich ohne Genehmigung in solchen Gebieten aufhalten, können für mehrere Tage in Haft genommen werden“ (Auswärtiges Amt, 2018).

„In Pakistan existieren extremistische islamische Gruppierungen nicht nur, sondern sie können auch aufblühen und sich entwickeln, da einige von ihnen von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Besonders die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten“ und „bösen“ Taliban unterscheidet. Dieser Strategie hat sich die Regierung weitestgehend angeschlossen. Bis sich dies ändert, werden extremistische Gruppierungen weiterhin tausende Medressen (Koranschulen) unterhalten, von denen niemand weiß, was genau gelehrt und mit welchen Geldern sie finanziert werden. Außerdem werden sie weiterhin die Bürger des Landes (insbesondere die Jugend) überall im Land dazu aufhetzen, gegen religiöse Minderheiten wie die Christen vorzugehen. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich ebenfalls dieser Feindseligkeit ausgesetzt. Die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Gesellschaft angesehen wird.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen

Traditionelle Kirchen besitzen relativ große Freiheit, Gottesdienste zu feiern. Sie werden jedoch stark überwacht und werden regelmäßig Ziel von Bombenanschlägen. Im Berichtszeitraum kam es dennoch zu keinem erfolgreichen Bombenanschlag auf Kirchengebäude. Kirchengemeinden, die sich aktiver nach außen engagieren, sowie

Mitarbeiter in der Jugendarbeit sind stärkerer Verfolgung vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt. Alle Christen leiden unter institutioneller Diskriminierung. Dies wird dadurch sichtbar, dass häufig Berufe, die als niedrig, schmutzig und abwertend betrachtet werden, offiziell Christen vorbehalten sind. Viele Christen sind arm und einige sind Opfer von Fronarbeit. Auf der anderen Seite gibt es viele Christen, die der Mittelschicht angehören – dies schützt sie jedoch nicht davor, marginalisiert oder verfolgt zu werden. Die berüchtigten Blasphemiegesetze Pakistans zielen insbesondere auf religiöse Minderheiten (auch muslimische Minderheiten) ab; am stärksten wirken sie sich auf die christliche Minderheit aus. [...] Pakistan leidet unter der ethnischen Zersplitterung nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Verwaltung des Landes. So werden beispielsweise die Provinz Belutschistan und die Region Sindh traditionell als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Als Feudalherren herrschende Landbesitzer befehligen in den ländlichen Regionen von Sindh und Punjab eigene Milizen, Gerichte und Gefängnisse. Korruption ist überall zu finden. All das hat auch Auswirkungen auf die schutzlose christliche Minderheit. Die Rechtsprechung in den national verwalteten Stammesgebieten (FATA) ist eingeschränkt und ungerecht. Diese an Afghanistan grenzende Spannungsregion wird noch immer nach dem aus der Kolonialzeit stammenden „Gesetz zu Verbrechen in Grenzgebieten“ von 1901 regiert, welches Polizei und Gerichte aushebelt und die Entfremdung der dort ansässigen Menschen verstärkt.“ (Open Doors, 2018).

„Die Bundesregierung sieht die Lage in Pakistan als „schwierig“ an und nennt dafür Terrorismus, Einschränkung der Religionsfreiheit, Blasphemie-Gesetze, Ehrenmorde, Frauenrechte, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, schlechte Bildungschancen für Kinder und Analphabetismus als Gründe. Die IGFM begrüßt, dass die Bundesregierung neben einem Menschenrechtsdialog auch Einzelfallarbeit betreibt und Menschenrechtsprojekte fördert. Die IGFM beschäftigt sich mit Frauenrechten und Religionsfreiheit in Pakistan, der Situation der verfolgten Christen und setzt sich für Bildungschancen von Kindern (besonders von benachteiligten Christen) ein. Dazu wird auch Einzelfallarbeit eingesetzt, wie beispielsweise Fälle von Verfolgung aufgrund von Blasphemie-Vorwürfen“ (IGFM, 2017).

